

Tarifrunde 2015

Zusatzversorgung

In den bisherigen drei Tarifrunden haben die Arbeitgeber immer wieder erklärt, nur dann ein Angebot für die seitens der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes geforderte Entgelterhöhung in Höhe von 5,5 Prozent vorzulegen, wenn sich die Gewerkschaften zu Einschnitten bei den Leistungen der Zusatzversorgung bereit erklären.

Die Arbeitgeber begründen diese Forderung mit der steigenden Lebenserwartung und den negativen Auswirkungen der aktuellen Niedrigzinsphase. Seit 2012 finden Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern statt, die bisher zu keinem Ergebnis geführt haben. Jetzt wollen die Arbeitgeber mit der Aussage „Ohne eine Kostensenkung für die Arbeitgeber bei der Zusatzversorgung wird eine Einigung nicht möglich sein“ die Gewerkschaften erpressen.

Die dbb Gewerkschaften haben klargestellt, dass es keine Einschnitte bei der Leistung der Zusatzversorgung geben darf und die Beibehaltung einer auskömmlichen Zusatzversorgung auf der Basis der aktuellen Beteiligung der Arbeitnehmer unverzichtbar ist. „Wenn wir den öffentlichen Dienst auch künftig wettbewerbsfähig erhalten wollen, dürfen wir keinerlei Einschnitte bei der Zusatzversorgung zulassen“ halten die dbb Gewerkschaften dagegen.

Sollten sich die Arbeitgeber mit ihrer Forderung durchsetzen, drohen Leistungskürzungen von bis zu 20 Prozent. Die Arbeitgeber sollen endlich ihrer Verantwortung gerecht werden und die Zusatzversorgung nicht als Druckmittel missbrauchen.

Die Verhandlungen werden am 28. und 29. März in Potsdam fortgesetzt. Bis dahin werden wir mit Warnstreiks und auf zahlreichen Kundgebungen einmal mehr unsere Forderungen artikulieren und die Arbeitgeber zwingen, ihre Verweigerungshaltung aufzugeben!

Machen Sie mit und beteiligen Sie sich: es geht auch um Ihre Altersversorgung und Entgelterhöhung!